

Mali: Verbesserung der Rohstoffgovernance

Gemeinsam mit seinen Sozialpartnern setzt die malische Regierung die Regelungen der African Mining Vision zu Transparenz und Kontrolle erfolgreich um.

Herausforderungen

Der Bergbausektor trägt wesentlich zur Wirtschaft des Landes bei. Gold ist das wichtigste Exportgut: 70 Prozent der Exporterträge sowie knapp 30 Prozent der Steuern werden durch Gold generiert. Um dieses Potenzial besser auszuschöpfen hat die malische Regierung wesentliche Reformen unternommen, u.a. die Überarbeitung des Bergbaugesetzes. Hierdurch sollen die Einnahmen gesteigert sowie ein nachhaltiger Beitrag zu einem sozial gerechten Wirtschaftswachstum geleistet werden. Jedoch sind diese Anstrengungen im Hinblick auf die zahlreichen Herausforderungen nicht ausreichend. Zu nennen sind hier zum einen die Defizite in der effizienten, wirksamen, transparenten und partizipativen Strukturierung des Sektors, zum anderen die schwachen Überwachungs- und Kontrollorgane.

Lösungsansatz

Die Aktionen der vorhergehenden Phase haben zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Beteiligung des Rohstoffsektors zur nachhaltigen Entwicklung Malis beigetragen. Insbesondere die staatlichen Einnahmen aus dem Rohstoffsektor konnten dank der Einführung und Operationalisierung eines Verwaltungssystems für das Bergbaukataster erhöht werden. Die Ausbildung der zentralen, im extraktiven Sektor tätigen Akteure (Bergbau-, Steuer- und Finanzenbehörde, Gebietskörperschaften etc.) hat zu einem besseren Verständnis über die Verwaltungsstrukturen des Sektors beigetragen. Zudem wurde die Zivilgesellschaft durch die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) zur Teilnahme an den verschiedenen politischen Reformprozessen befähigt. Unter anderem hat die Kapazitätenstärkung der Entscheidungsträger der Zielkommunen ermöglicht, in 5 Kommunen bzw. für die Bewohner von 146 Dörfern öffentliche Rechenschaftslegungen durchzuführen.

Die Ergebnisse all dieser Aktionen sollen im Rahmen der aktuellen Projektphase weiterverfolgt und dadurch gefestigt werden: Insbesondere der Ausbau der Besteuerung, die Stärkung der Überwachungs- und Kontrollstrukturen des Rohstoffsektors, die Stärkung der Transparenz und die Rolle der Zivilgesellschaft in den Reformprozessen des Sektors, die Einrichtung einer Datenbank zum Sektor, die Steigerung der lokalen Wertschöpfung und die Verbesserung der Rechnungslegung stehen im Mittelpunkt. Konkret sollen u.a. die vor Gericht verhandelten Steuerfestsetzungsverfahren von 80 auf 25 Prozent reduziert, mindestens 20 Steuerkontrolleure zur Besteuerung von Einnahmen aus dem extractiven Sektor geschult, die Initiative EITI in der Erstellung einer Kommunikationsstrategie unterstützt sowie vollständige Daten zur Einnahmensexplikation, zur Beschäftigung und zur lokalen Wertschöpfung in den Bergbauregionen erstellt werden. All diese Maßnahmen sollen zur Entstehung eines neuen Rahmens zur Professionalisierung des Sektors beitragen.



Projektnummer	Verbesserung der Rohstoffgovernance in Mali
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Durchführungsorganisation	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Projektgebiet	Subsahara-Afrika, Mali
Politischer Träger	Malisches Bergbauministerium
Gesamtlaufzeit	01.01.2017 – 31.12.2019
Finanzvolumen	6.000.000 Euro



Links: Fortbildung zum Thema Bergbaustilllegung © GIZ

Rechts: Das Online-Handbuch des Bergbauministeriums © GIZ



Olivier Hack
Auftragsverantwortlicher
olivier.hack@giz.de

Links: Partizipative Planung der territorialen Bestandsaufnahme in Faléa © GIZ

Rechts: Übergabe von IT-Material an Projektpartner © GIZ

Wirkungen in Zahlen ...

- Die Einführung eines Verwaltungssystems des Bergbaukästners ermöglichte die Verringerung der nicht erhobenen Steuern und sonstiger, durch Lizenzen zum Rohstoffabbau und zur Erdölgewinnung anfallender Abgaben von 75 auf 25 Prozent.
- 100 Prozent der Bergbaulizenzen werden durch ein öffentlich zugängliches Informationssystem verwaltet. Im April 2017 gab es 404 laufende Bergbaulizenzen, 166 Lizenzanfragen mussten noch erteilt werden, 114 Anfragen mussten noch freigegeben werden, 74 Anfragen mussten noch gebilligt werden.
- In zwei Gemeinden wurden wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklungspläne (PDESC) erstellt.
- Das Bergbauministerium wurde in der Organisation von Konzertierungsforen zum Kleinbergbau und zur lokalen Entwicklung unterstützt.
- Das Niveau der lokalen Steuererhebung hat sich in der Gemeinde Faléa in der Region Kayes von 24 Prozent im Jahr 2014 auf 81 Prozent im Jahr 2015, d.h. um 57 Prozent verbessert. In der Gemeinde Bafoulabé verbesserte sich die Steuererhebung um 24 Prozent von 35,4 auf 59,4 Prozent.
- In Kooperation mit International Alert wurde eine Studie zur Wirkungsevaluierung der Bergbauaktivitäten in der Region Kayes durchgeführt und die Ergebnisse in den Bergbauregionen verbreitet.
- Ein Strategiepapier zur Rohstoffpolitik wurde vom Bergbauministerium in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft erstellt, die Umsetzung ist in Planung.

... und in Geschichten

- Das zur Verwaltung und zum Management der Bergbaulizenzen eingeführte Informationssystem ermöglichte die digitale Erfassung der aktiven Lizenzen und aller Zahlungen zwischen 2013 und 2014 sowie die Zahlungen für alle im Anschluss aktiv gewordenen Lizenzen. Hierdurch konnte der Vergabeprozess optimiert werden. Von der Erfassung der Anfrage bis zur Vergabe der Lizenz ist der gesamte Prozess dokumentiert, wodurch dieser transparent und vertrauenswürdig ist. Die Bearbeitungsdauer von Anfrage bis zur Lizenzvergabe ist von 10-11 Monaten auf derzeit 2-3 Monate gesunken.
- Die Erhöhung der Steuereinnahmen durch die Verringerung nicht erhobener Steuern und anderer, durch die Lizenzen anfallender Abgaben ermöglichte es dem malischen Staat, die Steuereinnahmen aus dem Sektor besser zu kalkulieren und sie somit gerechter durch Entwicklungsmaßnahmen in den Gebietskörperschaften umzuverteilen.
- Die Schulungen der Gemeinderäte, der Kommunalbeamten sowie der lokalen Entscheidungsträger hat die Transparenz in der Verwaltung der Gebietskörperschaften verbessert und das Volumen der erhobenen lokalen Steuern erhöht.
- Durch die transparente Verwaltung in den oben genannten Örtlichkeiten hat sich das Vertrauen zwischen Gewählten und der Bevölkerung verbessert. Die Organisierung von 8 Foren und 9 öffentlichen Rechenschaftslegungen in den 5 Kommunen der Region Kayes hat zur Erreichung dieser Resultate wesentlich beigetragen.
- Zudem hat sich die Bürgerkontrolle in eingen Gemeinden verbessert, speziell durch Interpellationsmaßnahmen mehrerer Organisationen, die durch das Projekt institutionell unterstützt werden.

Veröffentlicht von:

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft:

Dag-Hammarskjöld Weg 1-5
D-65760 Eschborn
Deutschland
T: +49 (0)61 96 79-11 75
F +49 (0)61 96 79-11 15

Autor:

Vincent Yago

Layout:

GIZ

Stand:

Mai 2017

GIZ ist für den Inhalt dieser Präsentation verantwortlich

In Kooperation mit: Ministère des Mines du Mali

Im Auftrag von: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Postanschrift der
BMZ Dienstsitze:

BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
D-53113 Bonn
T: +49 (0)228 99 535-0
poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de

BMZ Berlin
D-10963 Berlin
T +49 (0)30 18 535-0